

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

Justizkommission beantragt Gutheissung der Beschwerde der Gemeinde Däniken gegen den kantonalen Richtplan

Solothurn, 25. August 2014 - Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat, die Beschwerde der Einwohnergemeinde Däniken gegen den kantonalen Richtplan gutzuheissen. Die Gemeinde wehrt sich dagegen, dass am Standort "Bergmatt" eine Inertstoffdeponie vorgesehen wird.

Die Einwohnergemeinde Däniken beschwert sich vor dem Kantonsrat dagegen, dass der Regierungsrat das auf ihrem Gebiet liegende Areal "Bergmatt" mit der Abstimmungskategorie "Zwischenergebnis" in den kantonalen Richtplan 2000 Inertstoffdeponien mit umfassender Stoffliste aufnehmen wolle. Im Wesentlichen macht sie geltend, dass keine genügende Interessenabwägung vorgenommen und damit Bundesrecht verletzt worden sei. Der Regierungsrat hält dem entgegen, dass die Interessenabwägung sehr wohl stattgefunden habe. Es handle sich dabei um einen sehr langen Prozess, der in mehreren Schritten schon seit Mitte der 1990er-Jahre laufe.

Für die Behandlung von Beschwerden gegen Regierungsratsbeschlüsse betreffend Richtplan ist der Kantonsrat zuständig, die Justizkommission (JUKO) ist vorberatende Kommission. Artikel 3 der eidgenössischen Raumplanungsverordnung (RPV) statuiert ausdrücklich, dass die Behörden dort, wo ihnen Handlungsspielräume bei der Erfüllung und Abstimmung raumwirksamer Aufgaben zustehen, eine Interessenabwägung vornehmen und diese in der

Begründung ihrer Beschlüsse darlegen müssen. Im Regierungsratsbeschluss ist die Interessenabwägung nicht transparent gemacht. Deshalb ist die JUKO der Auffassung, dass der Regierungsrat seiner Begründungspflicht ungenügend nachgekommen ist, weshalb sie dem Kantonsrat beantragt, die Beschwerde gutzuheissen. Folgt der Kantonsrat diesem Antrag, muss der Regierungsrat neu entscheiden.

Weiter hat die JUKO die Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation sowie das Gesetz über die Einwohnerregister- und Stimmregisterplattform beraten und beantragt zu beiden Geschäften Zustimmung zu den Beschlussesentwürfen des Regierungsrats.